

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

10. Sitzung

Berlin, Freitag, den 4. Dezember 2009

Christoph Strässer (SPD):

Menschenrechte Weltweit schützen:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Frau Kollegin Schuster, ich habe Ihnen sehr gerne zugehört. Alles, was Sie gesagt haben, war richtig, bis auf das, was Sie ganz zu Beginn gesagt haben. Da haben Sie gesagt, die neue Koalition habe mit ihrem Koalitionsvertrag Benchmarks für das gesetzt, was sie in Sachen Menschenrechtspolitik in den nächsten vier Jahren erledigen will. Die Enttäuschung der Opposition über das, was Sie da hineingeschrieben haben, ist in der letzten Debatte schon deutlich geworden. Ich hätte mir gewünscht – darauf haben wir ein Stück weit gehofft –, dass das, was im Koalitionsvertrag steht, durch den von Ihnen auf den Weg gebrachten Antrag ein klein wenig konkretisiert worden wäre. Aber nach intensiver Lektüre dieses Antrages müssen wir feststellen, dass das nicht der Fall ist. Sie haben vieles hineingeschrieben, das richtig ist, aber Sie haben nicht hineingeschrieben, welche konkreten Maßnahmen Sie auf dem Weg zu den Zielen, die Sie beschrieben haben, einsetzen wollen.

(Marina Schuster [FDP]: Das stimmt nicht!)

– Ich werde darauf gleich noch einmal zurückkommen.

An einer Stelle haben Sie etwas Richtiges gesagt: Einmischung ist richtig, Solidarisierung ist auch richtig. – Ich darf Sie daran erinnern – ich tue das ganz bewusst zu Beginn meines Beitrages –, dass wir gestern Abend im Menschenrechtsausschuss eine sehr gute Gelegenheit hatten, Solidarität zu beweisen. Ich darf Sie daran erinnern, dass der Vorsitzende des Ausschusses einen Vorschlag für eine Erklärung zum Hungerstreik einer Frau vorgelegt hat, die nichts weiter will, als in ihre Heimat zurückzukehren. Ich fand es wirklich sehr bitter, dass der Menschenrechtsausschuss es nicht hinbekommen hat, in diesem Fall eine klare Solidarisierung zum Ausdruck zu bringen und dadurch deutlich zu machen, dass wir es nicht hinnehmen, wenn ein Staat es einem Menschen verweigert, in seine Heimat, in das Land, in dem er zu Hause ist, zurückzukehren. Das hätten wir machen können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Schuster?

Christoph Strässer (SPD):
Natürlich.

Marina Schuster (FDP):

Herr Kollege Strässer, möchten Sie Kenntnis von der Pressemitteilung nehmen, die meine Fraktion zu dem Fall Haidar veröffentlicht hat? Sie ist der Ihrigen ähnlich. Ich möchte zitieren, weil Sie sie wahrscheinlich nicht parat haben. Wir haben klar gefordert: Es muss jetzt ein Zeichen der Menschlichkeit von den marokkanischen Behörden erfolgen, damit Aminatou Haidar ihren Hungerstreik beendet. Die verhärteten Fronten zwischen der marokkanischen Regierung und der Menschenrechtsaktivistin müssen im Sinne einer humanitären Lösung aufgebrochen und ihr muss die Einreise nach Marokko gestattet werden. Es folgen noch weitere Punkte. Ich möchte Sie fragen: Nehmen Sie das zur Kenntnis?

Christoph Strässer (SPD):

Wenn Sie mich so fragen, dann kann ich Ihnen nur antworten: Natürlich nehme ich das zur Kenntnis.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Aber darum geht es überhaupt nicht. Liebe Frau Kollegin Schuster, es geht um etwas ganz anderes. Uns wurde gestern in einem Ausschuss, der sich exakt mit diesem Thema befasst, ein Vorschlag unterbreitet. Sie haben zum Beispiel eingewendet, man könne sich nicht mit Einzelfällen befassen.

(Marina Schuster [FDP]: Nein! Entschuldigung!)

– Lassen Sie mich einfach einmal zu Ende reden.

Wir haben des Weiteren über den Einwand diskutiert, man könne sich nicht einmischen, weil es um Grenz- und Statusfragen gehe; Frau Kollegin Steinbach hat das angesprochen. Es geht aber nur um eines: Es geht darum, dass der für diese Fragen zuständige Ausschuss des Deutschen Bundestages aufgefordert war, eine Erklärung bezogen auf die Verwirklichung eines ganz konkreten Menschenrechtes abzugeben. Das haben Sie gestern verhindert. Das ist das, was ich gerne zur Kenntnis geben möchte.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Wollen Sie noch einmal nachfragen?

(Marina Schuster [FDP]: Wenn ich darf?)

– Ich will nur darauf hinweisen, dass wir bereits eindreiviertel Stunden hinter dem Zeitplan unserer Tagesordnung liegen. Ich sage das nur, damit Sie das wissen.

(Erika Steinbach [CDU/CSU]: Bei Menschenrechten wollen wir nicht knausern!)

Marina Schuster (FDP):

Ich mache es auch ganz kurz. – Herr Kollege Strässer, nehmen Sie bitte auch zur Kenntnis, dass wir angeboten haben, das im Kreis der Obleute zu besprechen. Der Punkt ist – das habe ich mit Herrn Koenigs besprochen –: Dem Menschenrechtsausschuss stehen mehrere Instrumente zur Verfügung. Man kann mit dem Botschafter reden oder überfraktionell einen Brief schreiben. Man kann verschiedene Sachen machen. Wir wollten einfach nur, dass das vorab geklärt wird. Ich denke, das ist legitim.

Christoph Strässer (SPD):

Ich will das noch einmal auf den Punkt bringen. Es gibt Erklärungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Erklärungen des Europäischen Parlaments und Erklärungen aus der ganzen Welt, in denen man sich für diese Frau einsetzt. Ich denke, es ist nicht nur das gute Recht, sondern auch die Pflicht des deutschen Parlaments, sich jetzt zu äußern. Sie wissen, dass Frau Haidar kurz vor ihrem Tod steht. Wir können nicht lange abwarten und schauen, wie sich das entwickelt. Frau Haidar steht wegen des Hungerstreiks kurz vor dem Exitus. Deshalb müssen wir jetzt etwas tun. Ich hoffe, dass wir das heute hinbekommen und ein Zeichen der Solidarisierung setzen.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Kollegin Schuster, ich will da keinen falschen Eindruck entstehen lassen. Ich spreche Ihnen überhaupt nicht ab, dass Sie das genauso wollen wie wir. Aber wenn Sie für die Koalition in Anspruch nehmen, dass Sie ganz konkrete Benchmarks der Menschenrechtspolitik setzen, hätten wir gestern im Ausschuss damit anfangen können. Das haben Sie verhindert; nichts anderes kritisiere ich. Dabei bleibe ich.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte an zwei konkreten Punkten in Ihrem Antrag deutlich machen, wo Probleme liegen. Da muss man nacharbeiten, wozu wir vielleicht noch Gelegenheit haben. Aus meiner Sicht ist das größte Manko, dass in diesem Antrag vieles Richtige aufgeschrieben worden ist – ich sage es noch einmal –, vieles, was wir schon gemacht haben, vieles, was in der Menschenrechtspolitik selbstverständlich ist, dass aber ein großer Teil komplett ausgeblendet worden ist. Das ist die Innenpolitik. Ich hätte darauf gesetzt, dass gerade von Ihnen als Bürgerrechtspartei etwas genannt wird, was man auf den Weg bringen will. Das eine ist die Umsetzung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte.

(Marina Schuster [FDP]: Die sind aber erwähnt!)

Sie fordern von anderen Ländern, die den Pakt noch nicht gezeichnet und ratifiziert haben, dies zu tun. Aber das ist nicht die ganze Wahrheit. Wir sind dabei – die alte Bundesregierung hat es auf den Weg gebracht –, ein Zusatzprotokoll zu verabschieden, das ein Individualbeschwerderecht enthält, das es beim Pakt über bürgerliche und politische Rechte seit langem gibt. Ich hätte mir jetzt gewünscht, dass man an dieser Stelle nicht nur andere Länder auffordert, endlich diesen Pakt zu unterzeichnen, sondern dass Sie geschrieben hätten, wie Sie in Deutschland, in der Bundesregierung, im deutschen Parlament mit diesem Zusatzprotokoll zu den WSK-Rechten umgehen wollen. Darauf hätte ich eine Antwort erwartet. Aber ich weiß ja, dass die WSK-Rechte bei Ihnen nicht den gleichen Stellenwert haben wie die bürgerlichen und politischen Rechte.

(Holger Haibach [CDU/CSU]: So ein Blödsinn!)

Daher würde ich Sie einfach bitten, das nachzuholen.

Sagen Sie uns bitte – auch die Bundesregierung möge darüber Auskunft geben –: Wie geht es mit dem Individualbeschwerdeverfahren weiter? Das war der eine Punkt, den ich kritisieren möchte.

Der zweite Punkt – das wird gleich leider ein bisschen persönlich, weil ich glaube, dass man da auch emotional argumentieren kann und muss – betrifft die Würde von Menschen, die in unserem Land leben. Ich sage das jetzt mit einer ganz persönlichen Note: Seit Montag dieser Woche werden vom Bundesland Nordrhein-Westfalen Familien der Roma in das Kosovo abgeschoben. In meiner

Heimatstadt, in Münster, gibt es im Moment 68 Betroffene, die jetzt wahrscheinlich im Flugzeug sitzen und dorthin gebracht werden. Von denen hat mehr als die Hälfte dieses Land noch nie gesehen und spricht die Sprache nicht. Ich wäre sehr dankbar, wenn wir als Deutscher Bundestag dazu eine Position beziehen könnten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN –

Hartwig Fischer [Göttingen]

[CDU/CSU]: Das ist ein Problem der Länder!)

– Dazu komme ich gleich. – Das Problem ist sehr einfach. Ich glaube, für die betroffenen Menschen ist es ziemlich egal, wer für welche Form der Abschiebung zuständig ist. In NRW hat nicht etwa der Ministerpräsident oder der Integrationsminister Laschet verhindert, dass es eine vernünftige Regelung gibt, sondern – deshalb sage ich das – verhindert hat es der liberale Innenminister Ingo Wolf. Das möchte ich hier gerne zur Kenntnis bringen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich würde Sie alle bitten, an dieser Stelle nicht einfach wegzuschauen, sich nicht wegzuducken. Es sind im Rat der Stadt Münster – das ist einmalig – mittlerweile acht politische Gruppierungen vertreten. Dort ist von allen beteiligten Gruppen einstimmig eine Resolution verabschiedet worden, die vorsieht, eine Petition an die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen zu richten, in der steht, bitte dafür zu sorgen, dass unter diesen Umständen, wie sie jetzt bestehen, nicht abgeschoben wird.

In das Kosovo ist im Winter überhaupt noch nie abgeschoben worden; das kommt ja noch hinzu. Die Betroffenen kommen in eine Situation, die absolut unerträglich, die nicht menschenwürdig ist. Ich bitte um Solidarität auch des Deutschen Bundestages. Es sollte klargestellt werden, dass der Deutsche Bundestag eine Abschiebung dieser Menschen in das Kosovo unter diesen Umständen nicht mitträgt.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)